

## Rentenpläne verschärfen Fachkräfteengpass

Die „Rente mit 63“ verschärft den Fachkräftemangel im Maschinen- und Anlagenbau. Das ist nur ein negativer Aspekt der Rentenpläne der Bundesregierung, zu der auch die Ausweitung der Mütterrente gehört. Ein weiterer wird der Anstieg der Rentenbeiträge sein, der Arbeitgeber und -nehmer belastet. Der VDMA lehnt die Rentenpläne der großen Koalition als rückwärtsgewandt ab. Die Rente mit 67 darf nicht in Frage gestellt, das Renteneintrittsalter muss an die steigende Lebenserwartung angepasst werden.

### Rolle rückwärts in der Rentenpolitik

Die Rentenpolitik der Großen Koalition konterkariert diese Bemühungen. Mütterrente und abschlagsfreie Rente ab 63 für langjährig Versicherte sowie die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente und des Budgets für Rehabilitationsleistungen werden die Sozialkassen bis 2030 nach Berechnungen der Universität Duisburg-Essen mit bis zu 230 Milliarden Euro belastet. Wegen der abschlagsfreien „Rente mit 63“ nach 45 Beitragsjahren ist mit einer Welle von Frühverrentungen zu rechnen.

### Steigende Rentenbeiträge

Zudem steigen die Belastungen für Beitragszahler - und zwar sofort. Denn die üppigen Rücklagen der Rentenversicherung hätten laut Gesetz eine Senkung des Beitragssatzes auf 18,3 Prozent zwingend erfordert. Stattdessen hält die Regierung den Beitrag auf 18,9 Prozent, um die zusätzlichen Leistungen zu finanzieren. Damit nicht genug: Schon ab 2019 müssen höhere Beiträge in Kauf genommen werden, wodurch die Lohnnebenkosten steigen. Darüber hinaus drohen höhere Bundeszuschüsse.

### Vorschub zur Frühverrentung

Spätestens mit Einführung der „Rente mit 67“ haben die Unternehmen die Herausforderung angenommen, ihre Beschäftigten möglichst lange zu halten. Durch zusätzliche gesundheitsfördernde Maßnahmen, Weiterbildung und Investitionen in altersgerechte Arbeitsplätze wurde das tatsächliche Renteneintrittsalter im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich angehoben. Die Anstrengungen der Unternehmen werden nun durch die „Rente mit 63“ konterkariert. Da Zeiten der Arbeitslosigkeit auf die Beitragsjahre angerechnet werden sollen, könnten Arbeitnehmer gegebenenfalls schon mit 61 Jahren ausscheiden. Die Folge: Wissen und Erfahrung von qualifizierten Mitarbeitern geht vorzeitig verloren. Die Nachfrage nach Fachkräften wird zusätzlich verschärft.

### KurzZahl

Wussten Sie, dass den 319.000 Erwerbstätigen im Maschinenbau, die heute zwischen 45 und 55 Jahre alt sind, nur 245.000 im Alter zwischen 35 und 45 folgen?

## Neue Belastung „Mütterrente“

Nicht nur die „Rente mit 63“, auch die vorgesehene „Mütterrente“ wird die Rentenkassen zusätzlich belasten – diese allein mit sechs Milliarden Euro pro Jahr. Als Aufgabe allgemeiner staatlicher Fürsorge politisch gewollt müsste sie dauerhaft aus Steuermitteln finanziert werden, was wegen der angestrebten Haushaltskonsolidierung in der Koalition nicht durchsetzbar war.

## Höhere Steuern wahrscheinlich

Das geplante Rentenpaket wird dennoch ein Loch in den Bundeshaushalt reißen. Langfristig sind Steuererhöhungen nicht auszuschließen. Derzeit sind die Überschüsse der Rentenkasse nur deshalb vorhanden, weil ein hoher Beschäftigtenstand zu Rekordeinnahmen der Sozialkassen führt, während auf der Ausgaben-seite aktuell die Generation der schwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge in die Rente eintritt. Das wird sich in den nächsten Jahren ändern, wenn die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt. Das Ziel der schrittweisen Anpassung des Renteneintrittsalters an die demografische Entwicklung wird von der großen Koalition mit ihrem Gesetzentwurf ad absurdum geführt – vor allem zum Nachteil der jüngeren Generation.

## Vorbildfunktion verspielt

Die Anhebung des Renteneintrittsalters in Deutschland galt bis dato als vorbildlich. Die Bundesregierung konnte es sich daher erlauben, bei anderen europäischen Ländern entsprechende Reformen anzunehmen, um ihre verschuldeten Haushalte zu entlasten. Die Bundesregierung stellt nun mit ihrer rückwärtsgewandten Rentenpolitik ihre Position selbst in Frage und wird dafür zu Recht von der EU-Kommission kritisiert.

## Fazit

Die große Koalition möchte ihre teuren Wahlversprechen umsetzen. Da auch künftige Regierungen die Maßnahmen nicht einfach streichen können, stellen sie eine schwere Hypothek auf die Zukunft dar. Der VDMA lehnt das als politisch nicht zu rechtfertigen und finanziell nicht zu vertreten grundsätzlich ab und fordert stattdessen die konsequente und fortlaufende Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung sowie die Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersvorsorge.

## Kontakt

Dr. Ralph Wiechers, Leiter Volkswirtschaft und Statistik  
Telefon +49 63 6603-1371, [ralph.wiechers@vdma.org](mailto:ralph.wiechers@vdma.org)

Holger Wuchold, VDMA-Hauptstadtbüro,  
Telefon +49 30 306946-19, [holger.wuchold@vdma.org](mailto:holger.wuchold@vdma.org)

[www.vdma.org](http://www.vdma.org)

